

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
am Montag, den 15.01.2024 um 14:30 Uhr
Ratssaal des Rathauses, Exerzierplatzstraße 17

Erschienen sind:

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Dieter Clauer

| Vertreter für Frau Susanne Krekeler

Frau Stefanie Eyrisch

Herr Thomas Heil

Herr Gerhard Hussong

Herr Florian Kircher

| Vertreter für Herrn Frank Eschrich

Herr Jochen Knerr

Herr Jürgen Meier

| Vertreter für Herrn Ferdinand L. Weber

Herr Philipp Scheidel

| Vertreter für Herrn Tobias Semmet

Herr Berthold Stegner

Herr Sebastian Tilly

Herr Erich Weiß

Herr Steven Wink

| Vertreter für Herrn Hartmut Kling

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker

Frau Iris Brandt

Herr Heiko Burkhart

Frau Simone Heim

Herr Robert Huber

Frau Annette Legleitner

Frau Kimberly Lemmens

Herr Ralf Linn

Frau Natascha Martin

Frau Dunja Maurer

Frau Talea Meenken

Herr Oliver Minakaran

Herr Andreas Mühlbauer

Herr Gustav Rothhaar

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Florian Kemkes

Forstamt Westrich (TOP 5.2.1)

Herr Raphael Reischmann

Forstamt Westrich (TOP 5.2.1)

Herr Peter Schwarz

Jobcenter Pirmasens (TOP 5.2.2)

Abwesend:

Mitglieder

Frau Katja Faroß-Göller
Frau Heidi Kiefer
Herr Bastian Welker

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Hauptausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einführung eines Führungsdienstes bei der Feuerwehr
2. Sportförderung / Sportstättenbau; Messe Pirmasens GmbH; Sanierung Wasgausporthalle, BA 3 bis 7
3. Vergabeermächtigungen
 - 3.1 Leibniz-Gymnasium, Los 05 Fensterbauarbeiten
 3. BA (Fassadenfront Dankelsbachstraße)Vergabeermächtigung
4. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
5. Vorberatung von Ratsbeschlüssen
 - 5.1 Vergabeermächtigungen
 - 5.1.1 Städtische Sporthalle Turnstraße
Erteilung einer Vergabeermächtigung
 - 5.2 Haushaltsberatungen zum Haushalt 2024
 - 5.2.1 Forstwirtschaftsplan 2024
 - 5.2.2 Teilhaushalt 1-4, Haushaltssatzung, Investitionen, Stellenplan
6. Anfragen und Informationen

zu 1 Einführung eines Führungsdienstes bei der Feuerwehr
Vorlage: 1793/III/38/2023

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Brand- und Katastrophenschutzamtes vom 28.12.2023.

Herr Bär stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) die Maßnahmen nach dem Brandschutzbedarfsplan vor.

Beigeordneter Clauer fügt hinzu, die Umsetzung sei ab dem 01.02.2024 vorgesehen. Nach einem Jahr solle eine Evaluation über die Verbesserung des Erreichungsgrades durch den zusätzlichen Führungsdiensst durchgeführt werden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Einführung eines Führungsdienstes bei der Feuerwehr 24/7

**zu 2 Sportförderung / Sportstättenbau; Messe Pirmasens GmbH; Sanierung
Wasgausporthalle, BA 3 bis 7**
Vorlage: 1792/II/20.1/2023

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 27.12.2023.

Er teilt mit, die Statikarbeiten würden Ende März 2024 beendet. Dann könne Etappenweise bis 2026 saniert werden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Messe Pirmasens GmbH wird für die Sanierung der Wasgausporthalle, BA 3 - 7 eine städtische Zuwendung in Höhe von 274.000 Euro, als Anteilsfinanzierung gewährt.

Verrechnung: 421200.54190000 „Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke“

zu 3 Vergabeermächtigungen

**zu 3.1 Leibniz-Gymnasium, Los 05 Fensterbauarbeiten
3. BA (Fassadenfront Dankelsbachstraße)**
Vergabeermächtigung
Vorlage: 1791/II/69/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements am 22.12.2023.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) die Fenstererneuerung vor.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

1. Den Fensterbauarbeiten zum 3. Bauabschnitt (Fassadenfront Dankelsbachstraße) im Leibniz-Gymnasium, Luisenstraße 2 in 66953 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 329.500,00 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **65.900 € brutto** (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: Produktsachkonto 114100.52310000 „Gebäudeunterhalt Schulen“

zu 4 Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1786/I/10.1/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung über sandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 04.12.2023.

Er teilt mit, eine besondere Spende sei der Kompaktbagger der Firma KUBOTA Baumaschinen GmbH.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

Geldspende:

Spender	Zweck	Betrag
Familie Ilse und Egmont Bißbort	Spende an den Pakt für Pirmasens	220,00 €
Kinder- und Jugendhilfestiftung Rainer Jochum	Spende zur Unterstützung des Leseprojektes Lesesommer 2023	1.500,00 €
FWB Kunststofftechnik GmbH	Spende an den Pakt für Pirmasens	1.000,00 €
Herr Dr. Ludwig Peetz	Spende an den Pakt für Pirmasens	1.200,00 €
Firma FSC Veranstaltungsservice Stark	Spende an den Pakt für Pirmasens	1.400,00 €
Herr Dr. Jan-Christopher Kling	Spende an den Pakt für Pirmasens	500,00 €

Sachspende:

Weingut 1616 Pfaffmann Heinz Stiftung	Spende an die Seniorentreffs (Flaschen werden als Weihnachtspräsen- te in den Seniorentreffs verteilt)	3.694,52 € (528 Flaschen Graubur- gunder 2021er)
KUBOTA Baumaschinen GmbH	Spende an den Wirtschafts- und Ser- vicebetrieb der Stadt Pirmasens	KUBOTA Kompaktbag- ger KX019-4 LPG neu; Wert ca. 30.000 € (Schätzwert der Verwal- tung)

zu 5 Vorberatung von Ratsbeschlüssen

zu 5.1 Vergabeermächtigungen

**zu 5.1.1 Städtische Sporthalle Turnstraße
Erteilung einer Vergabeermächtigung
Vorlage: 1795/II/65/2024**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 04.01.2024.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) den Neubau der städtischen Sporthalle Turnstraße vor.

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, trotz langer Anlaufzeit sei der Entwurf des Neubaus sehr ansprechend. Bezuglich der energetischen Versorgung beziehungsweise Lüftung stelle sich die Frage, ob eine Kühlung der Halle möglich sei.

Bürgermeister Maas teilt mit, eine Klimaanlage sei vorhanden.

Ratsmitglied Eyrisch stellt eine Frage bezüglich der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund. Sie fragt an, wie man sich den Sichtschutz vorstellen könne.

Bürgermeister Maas erklärt, in Gesprächen habe der TVP mitgeteilt, dass viele Frauen mit Migrationshintergrund gerne Sport treiben würden, allerdings auf Grund fehlenden Sichtschutzes nicht an den Kursen teilgenommen hätten. Daher sei es notwendig einen Sichtschutz einzubauen.

Ratsmitglied Weiß fragt an, ob die bestehende Halle für diese Maßnahme abgerissen würde.

Bürgermeister Maas erklärt, eine Möglichkeit sei, ein Wohnquartier mit Mehrfamilienhäusern zu errichten. Vorrangig sei allerdings der Bau der Sporthalle, danach würde der Rückbau erfolgen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig:

1. Der Kostenvoranschlag auf Grundlage der Kostenberechnung (Stand Januar 2024) zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

12.145.000.- € (brutto)

wird festgestellt.

Der Durchführung der Maßnahme wird vorbehaltlich der Bewilligung des Zuwendungsantrages (Städtebauförderung 90 % der förderfähigen Kosten) in der dargelegten Form sowie der Haushaltsgenehmigung zugestimmt.

2. Der Bürgermeister als zuständiger Dezernent für den Bereich Kommunales Bauen, wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karez von maximal **500.000 €** die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: 5117030014 „LZ Innenstadt – Städtische Turnhalle Turnstraße“

zu 5.2 Haushaltsberatungen zum Haushalt 2024

zu 5.2.1 Forstwirtschaftsplan 2024 **Vorlage: 1794/II/20/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung über-sandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 03.01.2024.

Herr Reischmann erklärt, im Jahr 2023 hätte das Forstamt Westrich viele Maßnahmen in Pirmasens durchgeführt. Sodann stellt er die durchgeführten Maßnahmen vor:

- Verkehrssicherung im Blümelstal (Entnahme alter Käfer-Fichten)
- Verkehrssicherung Hochwald zwischen Gersbach und Windsberg
- Käfer-Fichten Durchforstung in Niedersimten am Alten Schloss
- Verkehrssicherung am Haseneck
- Käfer-Fichten Durchforstung im Germerstal bei Rodalben
- Verkehrssicherung am Waldheim Gefällerweg
- Verkehrssicherungsmaßnahme Adamsdell/Buchsweiler Straße
- Restarbeiten der Verkehrssicherungsmaßnahme Zeppelinstraße

Ratsmitglied Bachert fragt an, ob bei den Verkehrssicherungsmaßnahmen auch die Auf-pflanzung dabei sei.

Herr Reischmann erklärt, diese Frage könne nicht pauschal beantwortet werden. Er fragt an, ob es Ratsmitglied Bachert um eine genaue Maßnahme ginge.

Ratsmitglied Bachert teilt mit, ihm ginge es darum, ob bei einer Rodung neu aufgepflanzt würde.

Bürgermeister Maas erklärt, es sei weniger gerodet als gepflanzt worden.

Herr Kemkes fügt hinzu, das Forstamt versuche eine Verjüngung der Natur zu erzielen. Zu-erst würde geschaut, ob die Natur eine Verjüngung von sich aus schaffe. Sollte dies nicht der Fall sein, würde das Forstamt nachhelfen.

Ratsmitglied Wink fragt an, ob das Forstamt gemeinsam mit der Stiftung „Grüner Wall im Westen“, die für die Verkehrssicherung von Bunkern zuständig sei, zusammenarbeite.

Herr Reischmann verneint dies. Sodann stellt er anhand einer Beamerpräsentatio (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) den Wirtschaftsplan 2024 vor.

Ratsmitglied Tilly fragt an, was der Aufwand in Höhe von 12.000,00 € für Beiträge von Kommunen sei.

Herr Kemkes zeigt auf, dies seien Versicherungen wie zum Beispiel der Waldbrandversicherung und die Haftpflicht. Diese Aufwendungen würden von der Kommune getragen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig:

Der Forstwirtschaftsplan 2024 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Voranschlag der Erträge und Aufwendungen:

Erträge	91.790 €
Aufwendungen	<u>104.270 €</u>
Fehlbetrag	-12.480 €

zu 5.2.2 Teilhaushalt 1-4, Haushaltssatzung, Investitionen, Stellenplan

Der Vorsitzende zeigt auf, Frau Brandt, Herr Mühlbauer, Herr Schwarz und Herr Rothhaar würden in der heutigen Sitzung den Haushaltssatzung 2024 vorstellen und stünden für Rückfragen zur Verfügung. Auch seien Frau Heim, Herr Linn und Frau Maurer in der heutigen Sitzung anwesend und würden den Stellenplan 2024 vorstellen. Ebenfalls sei mit den Sitzungsunterlagen bereits die Präsentation allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden.

Frau Brandt stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) den Haushalt 2024 vor.

Ratsmitglied Bachert bittet um eine kurze Erläuterung bezüglich der Verminderung der Schlüsselzuweisung.

Frau Brandt erklärt, die genauen Zahlen würden zu einem späteren Zeitpunkt in der Präsentation erläutert.

Ratsmitglied Hussong fragt an, wie sich der Fehlbetrag im Sozialetat zusammensetze.

Der Vorsitzende zeigt auf, je nachdem um welche Sozialleistung es sich handele, komme es darauf an von wem die Stadt unterstützt würde. Zum Beispiel erhalte die Stadt Teilbeträge durch das Land oder durch den Bund.

Herr Schwarz stellt anhand der Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 Seite 12 zur Niederschrift) die wesentlichen Veränderungen im Bericht des Jobcenters vor. Er fügt hinzu, die Kosten der Unterkunft würden sich aufgrund des Bürgergelds um rund 800.000 € erhöhen. Ebenfalls würden circa 2% der Gesamtförderung reduziert. Daher müsse die Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt nach § 16i reduziert werden. Somit würden sich die Stellenzahlen deutlich reduzieren.

Herr Rothhaar stellt anhand der Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 Seite 9 zur Niederschrift) die wesentlichen Veränderungen im Bereich Jugend und Soziales vor.

Produkt 363300 Hilfe zur Erziehung (Seite 288 ff)

Ratsmitglied Hussong fragt an, wie das Entgelt angepasst worden sei.

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anpassung von Personal- und Sachkosten würden auf Landesebene verhandelt.

Ebenfalls fragt Ratsmitglied Hussong an, ob die Kostensteigerung bedingt durch die Pandemie sei.

Herr Rothhaar teilt mit, durch die Pandemie seien mehr Probleme entstanden als vor der Pandemie.

Bürgermeister Maas stellt anhand der Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 Seite 14 zur Niederschrift) den Teilhaushalt 2 vor.

Beigeordneter Clauer stellt anhand der Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 Seite 16 zur Niederschrift) den Teilhaushalt 3 vor. Er fügt hinzu, die Sachkosten hätten sich nicht erhöht, nur die Personalkosten.

Ratsmitglied Hussong bittet um genaue Zahlen hinsichtlich des Kulturbereichs.

Beigeordneter Clauer erklärt, der Kulturausschuss tage diese Woche. Dort würden die Zahlen ausführlich vorgestellt. Danach erfolge eine Information in der nächsten Hauptausschusssitzung.

Sodann führt Frau Brandt die Vorstellung des Haushaltes 2024 fort.

Ratsmitglied Bachert fragt an, weshalb der Hebesatz der Grundsteuer B auf 570 Punkte erhöht worden sei. Trotz der Erhöhung würde die ADD den Haushalt nicht genehmigen.

Der Vorsitzende teilt mit, die Hebesatzerhöhung auf 570 Punkte sei notwendig, dies habe die ADD deutlich gemacht. Auch andere Kommunen müssten ihre Hebesätze anheben. 570 Punkte seien zum jetzigen Zeitpunkt das Minimum, gegebenenfalls müsse noch weiter erhöht werden.

Ratsmitglied Heil erklärt, die Anhebung der Hebesätze könne nicht die Lösung sein. Gegebenenfalls müsste bei den freiwilligen Leistungen eingespart werden.

Bürgermeister Maas führt die Vorstellung des Haushaltes 2024 fort.

Ratsmitglied Tilly fragt an, welche Ansätze für die Stadtbücherei geplant seien.

Beigeordneter Clauer erklärt, für die Stadtbücherei seien 250.000 € eingeplant worden. Da dies ein Umzug sei, stelle dies keine Investition dar und würde nicht bei den Investitionen aufgezeigt.

Ratsmitglied Bachert fragt bezüglich des Investitionsprogramms Klimaschutz und Investition an, ob die neuen Beleuchtungen nicht gefördert würden.

Bürgermeister Maas verneint dies. Diese würden durch die Stadt und durch wiederkehrende Beiträge finanziert.

Frau Heim stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) den Stellenplan 2024 vor.

Frau Maurer verliest die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2024 inklusive WSP:

“Wie schon in den vergangenen Jahren entwickelt sich der Personalhaushalt der Stadtverwaltung Pirmasens und beim WSP in die gleiche Richtung: Es wird mehr Personal gebraucht, um Pflichtaufgaben insbesondere im Sozial- und Erziehungsdienst, im Sozialbereich allgemein und im Brand- und Katastrophenschutz bewältigen zu können. Einen nennenswerten gestalterischen Spielraum gibt es auch in diesem Stellenplan nicht. Sehr gut finden wir, dass Teilzeitausbildungsstellen für Erzieher geschaffen werden und dass es weitere Teilzeitstellen für Springerkräfte in Kitas geben soll.

Der leichte Stellenrückgang in der Gesamtübersicht ist einzig der Tatsache geschuldet, dass bei der Maßnahme nach § 16i SGB II – Teilhabe am Arbeitsmarkt – fast die Hälfte der Stellen aus dem Stellenplan gestrichen werden. Die Stellen, die gestrichen wurden, konnten zum großen Teil nicht mehr besetzt werden, da es an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern fehlte. Der Personalrat ist froh, dass das Programm in verkleinerter Form weitergeht. Es war sehr erfolgreich und für viele Kolleginnen und Kollegen konnten Festanstellungen im ersten Arbeitsmarkt erreicht werden. Auch innerhalb der Stadtverwaltung Pirmasens.

Wenig Neues gibt es auch zur Entwicklung der Altersstruktur der Beschäftigten zu sagen. Das Durchschnittsalter liegt weiterhin bei über 45 Jahren (45,55 Jahre im Dezember 2023). Beim WSP sind es sogar 46 Jahre. Es bleiben nur noch wenige Jahre, dann ist es so weit und die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer werden sich endgültig vom Arbeitsmarkt verabschieden. Schließlich werden in Deutschland bis 2030 rund 1,5 Millionen Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst aus Altersgründen ausscheiden – das ist fast ein Drittel der Beschäftigten. Bis 2030 werden demnach bundesweit etwa 840.000 Vollzeitfachkräfte im öffentlichen Dienst fehlen. Momentan sind es schon rund 360.000. (Quelle: Januar 2023 Beratungsgesellschaft McKinsey)

Wenn wir diese Entwicklung auf die Stadtverwaltung Pirmasens spiegeln, geht es um rund 300 Stellen!!! Und es wird nicht möglich sein, dies alleine durch eine verstärkte Digitalisierung aufzufangen. Neue Zahlen zeigen: Im öffentlichen Dienst fehlen vor allem IT-Experten – keine gute Nachricht für die dringend benötigte Digitalisierung.

Nochmal McKinsey: In dem Bereich, so die Studie, werden in sieben Jahren 140.000 Stellen unbesetzt sein. Bereits heute fehlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene rund 39.000 Fachkräfte in Informatik- und IT-Berufen.

Es braucht deshalb nach Auffassung des Personalrates eine umfassende Personalstrategie. Dazu zählen etwa die Gestaltung der ersten Arbeitstage von neuen Mitarbeitenden – das sog. Onboarding – oder Qualifizierungsgespräche für alle Mitarbeitenden. Auch der Einstellungsprozess muss beschleunigt werden und es muss eine zielgenaue Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund geben.

Die öffentliche Verwaltung steht in einem immer größeren Wettbewerb mit anderen öffentlichen Arbeitgebern aber auch mit der Privatwirtschaft. Für Zündstoff in der Arbeitswelt sorgt, dass die nachrückende sog. Generation Z nicht mehr bereit ist, sich auf morgen vertrösten zu lassen. Gute Arbeitsbedingungen und Work-Life-Balance sind vom ersten Arbeitstag an ein Thema. Sich diese Privilegien erst durch jahrelange Karriere zu erarbeiten, steht für die Generation Z – die für die Boomer nachrückt – nicht zur Diskussion. Langfristige Karriereversprechen scheinen in einer Welt der wirtschaftlichen Instabilität sowieso viel zu unglaublich.

würdig. Nicht zuletzt, weil private Interessen und Familie einen hohen Stellenwert für die jungen Menschen haben. Auf diese Bedürfnisse müssen sich Arbeitgeber einrichten, wenn sie erfolgreich um Nachwuchs werben wollen.

In diesem Kontext hat die Stadtverwaltung Pirmasens mit denkbar schlechten Rahmenbedingungen zu kämpfen. Die Haushaltsslage lässt keine Spielräume. Selbst kleinste Maßnahmen sind nicht möglich. So hatte unsere Gleichstellungsbeauftragte ein um zehn Cent höheres Kilometergeld für Küchen- und Wirtschaftskräfte beantragt. Die Kolleginnen fahren in ihren Privatautos das Essen zwischen den Kitas hin und her. Sie sind in Teilzeit beschäftigt und erhalten in der EG 3 netto im Monat unter 1000 Euro. Um eine Stelle als Küchen- und Wirtschaftskraft bei der Stadtverwaltung Pirmasens antreten zu können, muss laut Ausschreibung sowohl ein Führerschein als auch die Bereitschaft für die Bereitstellung des eigenen PKW vorhanden sein. Noch ein Beispiel: Unsere Jugend- und Auszubildendenvertretung hatte einen Fahrtkostenzuschuss für Azubis, die weit weg Berufsschule haben beantragt. Die Kolleginnen und Kollegen sind darauf angewiesen, ein Auto zu nutzen. Wenn der ÖPNV genutzt würde, wären sie teilweise bis zu zwölf Stunden pro Tag unterwegs und kämen immer noch zu spät. Ein Kollege sagte mir, dass er einen Nebenjob annehmen musste, um das Fahrtgeld zur Berufsschule zahlen zu können. Die JAV hatte ein Konzept erarbeitet, das ein Kilometerentgelt von 15 Cent gefahrenem Kilometer vorsah. Da es in beiden Fällen keinen gesetzlichen oder tariflichen Anspruch gibt, handelt es sich um freiwillige Ausgaben, die nach Aussage unserer Verwaltungsspitze nicht erlaubt sind.

Nun ist auch noch ein neues Verfahren bei Höhergruppierungen hinzugekommen. Eine neue Stelle kann jetzt erst nach Freigabe der Stelle durch die ADD ausgeschrieben werden. Das kann Monate in Anspruch nehmen und bis dahin bleibt die Arbeit liegen oder muss von Kolleginnen und Kollegen mitgemacht werden, die selbst genug zu tun haben. Wird eine Selle von der städtischen Organisationsabteilung überprüft und höher bewertet, muss die Genehmigung des Stellenplans abgewartet werden. Auch hier kann es Monate dauern, bis die Kolleginnen und Kollegen das Geld bekommen, das ihnen zusteht.

Wie es unter solchen Rahmenbedingungen möglich sein soll, erfolgreich um Arbeitskräfte zu konkurrieren erschließt sich beim besten Willen nicht.

Im Zuge des Generationswechsels in den nächsten Jahren kommt noch eine weitere Herausforderung auf uns zu: Wir müssen den Wissenstransfer organisieren. Um das Wissen und insbesondere die langjährigen, praktischen Erfahrungen aus dem Dienst ausscheiden der qualifizierter Beschäftigter systematisch zu erhalten, braucht es ein Konzept für den strukturierten Wissenstransfer bei Altersabgängen.

Zum Stichtag 1.1.2022 wurden in der Verwaltung 21 685 Mehr- und Überstunden verzeichnet. Zum Stichtag 1.1.2023 waren es insgesamt 24 557. Beim WSP entwickelten sich Mehr- und Überstunden von 1 158 in 2022 auf 1 682 in 2023. Damit sind die Zahlen seit einigen Jahren erstmals wieder gestiegen. Woran das genau liegt, sollte man u. E. mit einer genaueren Untersuchung der Daten herauszufinden versuchen. Wir bitten deshalb die Verwaltungsspitze und die Personalstelle, tiefergehende Zahlen zu erheben und diese dann mit uns im nächsten Vierteljahresgespräch der Verwaltungsspitze mit dem Personalrat zu besprechen."

Ratsmitglied Hussong teilt mit, über den Bericht des Personalrates müsse diskutiert werden, da die Rekrutierung sehr wichtig sei. Er fragt an, wie der Stadtvorstand dazu stünde.

Der Vorsitzende erklärt, die Verwaltung hätte bereits eine Klage gegen die ADD geführt. Leider habe man allerdings aufgrund der aktuellen Haushaltsslage keine Möglichkeiten und man müsse sich an die Vorgaben der ADD halten. Diese stelle ein Problem dar, welches die Stadt selbst nicht lösen könne. Aber nicht nur Pirmasens, sondern auch andere Kommunen hätten das Problem marktfähig zu bleiben. Der Kampf sei bereits aufgenommen und würde auch

weitergeführt. Da die Stellenpläne extrem eingeschränkt seien, müsse sich die Verwaltung seine Rechte beziehungsweise die Rechte der Mitarbeiter einklagen.

Ratsmitglied Eyrisch fügt hinzu, die Verwaltung könne die Löhne nicht frei anpassen. Allerdings sei die Stadtspitze sehr engagiert für ihre Mitarbeiter. Allen sei bewusst, wo die Probleme liegen würden. Eine Verbesserung könnten ausschließlich das Land und die ADD erzielen.

Der Vorsitzende ergänzt, die Stadt sei kein unattraktiver Arbeitgeber. Gemeinsam mit dem Personalrat habe man viel für die Rahmenbedingungen gemacht.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, er sehe die Finanzprobleme der Stadt. Allerdings sei die Stadtspitze der Ansprechpartner für diese Probleme, weshalb diese aufgefordert sei, etwas zu verbessern. Momentan gäbe es eine Stellenreduzierung, aber gleichzeitig eine Erhöhung der Überstunden.

Frau Heim erwidert, ausschließlich im Bereich der 16i-Kräfte sei eine Veränderung vorhanden, bei anderen Stellen nicht.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Verwaltung sei an ganz vielen Prozessen beteiligt. Beispielsweise bilde die Stadt selbst Bauingenieure aus. Die Stadt versuche alles Mögliche zu tun.

Ratsmitglied Tilly erklärt, ganz viele Mitarbeiter der Babyboomer-Jahrgänge gingen in den nächsten Jahren in Rente, daher müssten viele Stellen in den kommenden Jahren besetzt werden. Deshalb müsse die Stadt ein attraktiver Arbeitgeber werden beziehungsweise bleiben. Daher benötige die Stadt weitere Schritte beziehungsweise Maßnahmen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Der Vorsitzende fügt hinzu, zuletzt seien alle Stellen bei der Stadt besetzt gewesen.

Herr Minakaran ergänzt, gemeinsam mit der Stadtspitze und dem Personalrat seien Gespräche geführt worden. In diesem Jahr würde ein Arbeitskreis gebildet, auch mit der sogenannten Generation Z., um ein Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept müsse Hand und Fuß haben und müsse auch passgenau sein, um nicht im Wettbewerb abgehängt zu werden.

Ratsmitglied Meier teilt mit, die Ausbildung sei in den letzten Jahren vernachlässigt worden, da das Geld fehle. Auch seien die Bürger die Leidtragenden und müssten immer mehr zahlen.

Der Vorsitzende erwidert, die Stadt hätte in den vergangenen Jahren viel für die Ausbildung gemacht. So hätte man beispielsweise überplanmäßig ausgebildet.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, dies sollte kein Vorwurf gegen die Stadt sein. Diese hätte bereits viel gemacht und Herr Minakaran habe die weiteren Schritte aufgezeigt.

Ratsmitglied Heil zeigt auf, die Bewirtschaftung des Gipses fehle in der Präsentation.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 6 Anfragen und Informationen

zu 6.1 Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

zu 6.2 Informationen

Es liegen keine Informationen vor.

zu 6.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 6.3.1 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. "Unsere Grüne Glasfaser - Glasfaserausbau in Pirmasens"

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, am vergangenen Wochenende hätten die Bürgerinnen und Bürger in Erlenbrunn, Winzeln und Ruhbank Post vom Unternehmen „Unsere Grüne Glasfaser“ (UGG) erhalten. Es handle sich dabei um ein Unterstützungsschreiben des Oberbürgermeisters, das auf den Glasfaserausbau durch die UGG abziele. Allerdings würden die Vororte durch die Deutsche Glasfaser ausgebaut und es seien bereits Verträge geschlossen worden. Daher seien die Bürgerinnen und Bürger über das Schreiben des Oberbürgermeisters sehr überrascht gewesen.

Bürgermeister Maas teilt mit, der Innenstadtbereich würde durch die Telekom, die Ortsbezirke - mit Ausnahme von Windsberg – sowie der Sommerwald und Teile des Horeb durch die Deutsche Glasfaser ausgebaut. Die Fa. Tegro würde in Windsberg, Gersbach und in Teilen des Winzler Viertels den Ausbau vornehmen.

Bereits vor zwei Jahren habe die Verwaltung mit der UGG in Kontakt gestanden, dann sei dieser jedoch abgebrochen. Nun stünde man erneut in Kontakt und habe vereinbart, dass die UGG die Bereiche ausbaut, wo bisher noch kein Ausbau durch ein anderes Unternehmen geplant sei. Die UGG lege die Leitungen für Glasfaser. Dienstleister wie zum Beispiel 1&1 könnten sich dann einkaufen.

Der Vorsitzende fügt hinzu, die UGG hätte ein Unterstützerschreiben von der Stadt erhalten, dieses jedoch entgegen der Absprache auch in Winzeln, Erlenbrunn und Windsberg verteilt. Die Bürger in diesen Ortsbezirken hätten das Schreiben also fälschlicherweise erhalten. Am 21. und 22.01.2024 würden hierzu auch Informationsveranstaltungen stattfinden.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.30 Uhr.

Pirmasens, den 13. März 2024

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung